



Detailansicht des Registereintrags

Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft Abwasser und Abfall e.V.

Stand vom 20.01.2026 17:01:59 bis 09.03.2026 17:43:28

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001008
Ersteintrag:	23.02.2022
Letzte Änderung:	20.01.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	16.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontaktdaten:	Adresse: DWA e.V. Theodor-Heuss-Allee 17 53773 Hennef Deutschland Telefonnummer: +4922428720 E-Mail-Adressen: info@dwa.de Webseiten: https://de.dwa.de/de/
Hauptstadtrepräsentanz:	Invalidenstrasse 91 10115 Berlin Telefonnummer: +493057713538 E-Mail-Adresse: info@berlin.dwa.de
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24	
Sonstiges, Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit, Öffentliche Zuwendungen	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

140.001 bis 150.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,70

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Rolf Usadel**

Funktion: Vorstand

2. Dr.-Ing. Lisa Irwin-Broß

Funktion: Vorständin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (3):**1. Christoph Leptien****2. Prof. Dr. Uli Paetzel****3. Dr.-Ing. Lisa Irwin-Broß****Gesamtzahl der Mitglieder:**

13.166 Mitglieder am 31.03.2025, davon:

7.386 natürliche Personen

5.780 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (21):

1. AUMA - Verband der Deutschen Messewirtschaft
2. Deutsche Gesellschaft für Verbandsmanagement e.V. (DGVM)
3. Börsenverein des Deutschen Buchhandels e.V.
4. Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW)
5. European Water Association (EWA)
6. Bund der Ingenieure für Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Kulturbau - (BWK) e.V.
7. International Water Association (IWA)
8. Bundesverband Beruflicher Naturschutz e.V. (BBN)
9. Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU)
10. Ingenieurtechnischer Verband für Altlastenmanagement und Flächenrecycling e.V. (ITVA)
11. Deutsche Gesellschaft für Abfallwirtschaft e.V. (DGAW)
12. Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW)
13. Verband zertifizierter Sanierungs-Berater für Entwässerungssysteme e.V. (VSB)
14. Deutsche Institut für Normung e.V. (DIN)
15. Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. (bvse)
16. Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e.V. (BDE)
17. Güteschutz Kanalbau e.V.
18. Güteschutz Grundstücksentwässerung e.V.
19. Deutsche Gesellschaft für Limnologie e. V. (DGL)
20. Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (16):

Berufliche Bildung; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Entwicklungspolitik; EU-Gesetzgebung; Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe; Cybersicherheit; Land- und Forstwirtschaft; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Stadtentwicklung; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Öffentliches Recht; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Wissenschaft, Forschung und Technologie; Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Abwasserbeseitigung, Bodenschutz, Abfall, Hochwasservorsorge

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) setzt sich in Deutschland für die Förderung der Wasser- und Abfallwirtschaft ein. Sie ist ein technisch-wissenschaftlicher Verband mit Mitgliedern aus den Betrieben der Wasser- und Abfallwirtschaft, aus Kommunen oder der Industrie, von Verbänden und Universitäten sowie aus Ingenieurbüros und Umweltbehörden und in ihrem Tätigkeitsbereich die Stimme der technisch-wissenschaftlichen Vernunft. Sie setzt sich für einen ambitionierten und zukunftsweisenden Gewässerschutz und einen naturnahen Landschaftswasserhaushalt ein und versteht sich als Fürsprecher für die wasserwirtschaftliche Infrastruktur. Die Anpassung an den Klimawandel und eine Erhöhung der Resilienz sind Kernanliegen der DWA, die sie nachdrücklich u.a. zugunsten einer flächendeckenden wasserbewussten Stadtentwicklung verfolgt.

Konkrete Regelungsvorhaben (10)

1. Nationale Umsetzung der neuen EU-Kommunalabwasserrichtlinie

Beschreibung:

Die EU-Kommunalabwasserrichtlinie (91/271/EWG) ist auf europäischer Ebene novelliert worden (COM (2022)541) und wird die Siedlungswasserwirtschaft in Deutschland im Rahmen der Richtlinienumsetzung neu ordnen. Die DWA setzt sich für eine praxistaugliche Umsetzung der Richtlinie, insbesondere der erweiterten Herstellerverantwortung in deutsches Recht ein. Auch sollte die Überwachungsmethodik für Stickstoff und Phosphor im Rahmen der Umsetzung auf die europarechtlich vorgeschlagene 24-Stunden-Mischprobe auf Jahresdurchschnittswerten umgestellt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

WHG 2009 [alle RV hierzu]; AbwV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]; Öffentliches Recht [[alle RV hierzu](#)]; Stadtentwicklung [[alle RV hierzu](#)]; Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Abwasserbeseitigung, Bodenschutz, Abfall, Hochwasservorsorge

Stellungnahmen/Gutachten (2):1. **SG2412170076** (PDF - 4 Seiten)**Adressatenkreis:**

Versendet am 17.12.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [[alle SG dorthin](#)]

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [[alle SG dorthin](#)]

2. **SG2601120002** (PDF - 5 Seiten)**Adressatenkreis:**

Versendet am 01.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [[alle SG dorthin](#)]

2. **Referentenentwurf eines dritten Gesetzes zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes****Beschreibung:**

Mit dem Entwurf soll die erforderliche Anpassung an die Europäische Verordnung (EU) 2020 /741 über Mindestanforderungen an die Wasserwiederverwendung vom 25.5.2020 (ABl. L 177 vom 5.6.2020, S. 32) erfolgen. Die DWA setzt sich dafür ein, dass das Instrument der Wasserwiederverwendung in Zeiten des Klimawandels in Deutschland grundsätzlich zur Verfügung gestellt werden kann, soweit hygienische und ökologische Anforderungen, insbesondere der Schutz der Trinkwasserressourcen, gewährleistet sind. Es geht der DWA darum, dass keine bürokratischen und fachlich nicht notwendigen Hürden geschaffen

werden, so dass eine Wasserwiederverwendung praktisch eine Chance hat, soweit die örtlichen Rahmenbedingungen dies zulassen.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 04.03.2024

Federführendes Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

WHG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu];

Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, Gewässerschutz,

Abwasserbeseitigung, Bodenschutz, Abfall, Hochwasservorsorge

3. Rahmenbedingungen Phosphorrückgewinnungskapazitäten bis 2029 gem. Verpflichtungen der KlärschlammV

Beschreibung:

Die Klärschlammverordnung bestimmt, dass ab 2029 alle kommunalen Klärschlämme einem Phosphorrecycling zuzuführen sind. Für die Sicherstellung der ordnungsgemäßen Entsorgung müssen bis 2029 große Kapazitäten zur thermischen Vorbehandlung von Klärschlamm sowie für ein Recycling bzw.

die Rückgewinnung des in den Aschen enthaltenen Phosphors aufgebaut werden. Aktuelle Prognosen weisen jedoch auf eine erhebliche Kapazitätslücke für die Phosphorrückgewinnung hin. Die DWA benennt den Handlungsbedarf für den Gesetz- und Verordnungsgeber auf Bundes- und Landesebene (u.a. Anpassung der Landesregelungen zu den Abwasserentgelten, Anpassung des Düngerechts, ggf. Zwischenlagermöglichkeiten) um möglichst ausreichende Kapazitäten bis 2029 aufzubauen, damit die rechtlichen Vorgaben erfüllt werden können.

Betroffenes geltendes Recht:

DüMV 2012 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft

und Ernährung" [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Abwasserbeseitigung,

Bodenschutz, Abfall, Hochwasservorsorge

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2405290043 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. **SG2601200011** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [\[alle SG dorthin\]](#)

4. **NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz, Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements**

Beschreibung:

Zum Gesetz zur Umsetzung der europäischen NIS-2-Richtlinie, (EU) 2022/2555, Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung setzt sich die DWA für abgestufte Vorgaben zum Sicherheitsniveau zur Gewährleistung angemessener Sicherheitsmaßnahmen, eine Harmonisierung mit dem KRITIS-DachG und eine Stärkung der technischen Selbstverwaltung ein.

Bundsrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 380/24 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung (NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [\[alle RV hierzu\]](#)

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Entwurf eines NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetzes (Vorgang)

Bundstags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13184 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung (NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [\[alle RV hierzu\]](#)

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Entwurf eines NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetzes (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

BSIG 2009 [\[alle RV hierzu\]](#); BNDG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Umwelt" [\[alle RV hierzu\]](#); Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Abwasserbeseitigung, Bodenschutz, Abfall, Hochwasservorsorge

5. Stärkung der integrierten Stadtentwicklung**Beschreibung:**

Die Novellierung des Bauplanungsrechts bezieht sich insbesondere auf das Baugesetzbuch (BauGB)

und die Baunutzungsverordnung (BauNVO). Schwerpunkte der Novelle sind u.a. Vereinfachungen

für den Wohnungsbau, die Betonung der Klimaanpassung und des Klimaschutzes im Städtebaurecht.

Zentral ist, dass gerade nun, wo zurecht der Wohnungsmangel in Deutschland massiv angegangen werden soll, Strukturen gestaltet werden, die resilient, nachhaltig und sicher, d. h. wasserbewusst sind. Erforderlicher Zubau, Nachverdichtungen und Sanierungen dürfen nicht nach

altem Muster erfolgen, sondern müssen die vorliegenden Erkenntnisse berücksichtigen und umsetzen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13091 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der integrierten Stadtentwicklung

Zuständiges Ministerium: BMWSB [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Öffentliches Recht [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Umwelt" [\[alle RV hierzu\]](#); Stadtentwicklung [\[alle RV hierzu\]](#); Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Abwasserbeseitigung, Bodenschutz, Abfall, Hochwasservorsorge

6. Hochwasserschutzgesetz III**Beschreibung:**

Mit diesem Referentenentwurf plant die Bundesregierung Verbesserung des Hochwasserschutzes, will Vereinbarungen des Koalitionsvertrages zur Klimaanpassung umsetzen und außerdem Länderforderungen nach Änderung der bundesrechtlichen Regelungen nachkommen.

Die Regelungen gehen grundsätzlich in die richtige Richtung und greifen viele Punkte auf, welche die

DWA wiederholt gefordert hatte, wie z.B. die Einführung von Starkregenrisikokonzepten sowie deren

Berücksichtigung in Flächennutzungs- und Bebauungsplänen. Allerdings fehlen bundeseinheitliche Bewertungsstandards als konkreter Maßstab im Rahmen eines Starkregenrisikomanagements oder bei

der Ausweisung von Starkregenrisikogebieten. Nicht alle gesetzlichen Lücken für eine sachgerechte Hochwasservorsorge werden aber geschlossen.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/1084 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung

Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMUV) (20. WP): Referentenentwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Hochwasserschutzes und des Schutzes vor Starkregenereignissen sowie zur Beschleunigung von Verfahren des Hochwasserschutzes (20. WP) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

WHG 2009 [alle RV hierzu]; BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Stadtentwicklung [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Abwasserbeseitigung, Bodenschutz, Abfall, Hochwasservorsorge

7. Position Dürre und Trockenheit - Für einen ausgeglichenen Landschaftswasserhaushalt**Beschreibung:**

Schaffung eines ausgeglichenen Landschaftswasserhaushalts und Schaffung von Resilienz gegen Dürre und Trockenheit durch Maßnahmen der Klimaanpassung, wie:

- Intensivierung v. Klimaschutzmaßnahmen
- Entwicklung Kommunikationsstrategie für achtsamen Umgang mit Wasserressourcen
- Sicherung notwendiger Finanzausstattung für Klimaanpassung durch Aufnahme Gemeinschaftsaufgabe Klimaanpassung im Grundgesetz
- Erleichterung Zugang u. Abrufbarkeit u. regelmäßige Evaluierung von Förderprogrammen
- Bereitstellung Flächen für Anpassungsmaßnahmen
- Red. des Wasserverbrauchs i. Landwirtschaft durch Förderung neuer Bewässerungstechnologien oder Züchtung dürreresistenter Pflanzen
- Klimaangepasste Flächennutzung
- Förderung Maßnahmen z. Verbesserung d. Wasserspeicherfähigkeit v. Böden

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]; WHG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Stadtentwicklung [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Abwasserbeseitigung, Bodenschutz, Abfall, Hochwasservorsorge

8. Überwachungsmethodik für Phosphor und Stickstoff, 1 zu 1 Umsetzung EU-KARL

Beschreibung:

Die Anfang Januar 2025 in Kraft getretene EU-Kommunalabwasserrichtlinie (EU) 2024/3019 ist bis zum 31. Juli 2027 in nationales Recht umzusetzen. Die DWA fordert die von der Richtlinie vorgeschlagene Überwachungsmethodik und Umsetzung der europäischen Vorgaben für die Nährstoff-Elimination von Stickstoff (N) und Phosphor (P) im Jahresmittel auf Basis von 24h-Mischproben und damit eine Abkehr von der bislang vorgenommenen qualifizierten Stichprobe bzw. einer 2h-Mischprobe und eine Beendigung des nur in Deutschland praktizierten Sonderwegs. Vorteile ergeben sich u.a. durch europäische Vergleichbarkeit, die Angleichung an die bestehende Gewässerüberwachungsmethodik oder beim Bau und der Dimensionierung von Belebungsbecken sowie der Dosierung von Fällmittel-Chemikalien.

Betroffenes geltendes Recht:

WHG 2009 [alle RV hierzu]; AbwV [alle RV hierzu]; AbwAG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Abwasserbeseitigung, Bodenschutz, Abfall, Hochwasservorsorge

9. Verordnung zur Aufhebung der Stoffstrombilanzverordnung

Beschreibung:

Die DWA sieht die Abschaffung der Stoffstrombilanzverordnung kritisch. Nach Auffassung der DWA stellt die Nitratbelastung in Deutschland weiterhin ein Problem für den Grundwasserschutz dar. Es braucht deshalb ein angepasstes Düngerecht mit einem konsequenten Monitoring, um die Nitrateinträge weiter zu senken. Die Stoffstrombilanz sollte in einer weiterentwickelten, dynamisierten Form mindestens so lange Bestand haben, bis eine wirksame und weniger aufwendige Alternative zur Verfügung steht. Die DWA setzt sich nachdrücklich für die Berücksichtigung betrieblicher Nährstoffbilanzen in einem künftigen Wirkungsmonitoring in Verbindung mit dynamischen Kontrollwerten auf Basis des Vorschlags von Taube/Bach (BT-Drs. 20/411 vom 29.12.2021) ein.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Verordnung zur Aufhebung der Stoffstrombilanzverordnung

Datum des Referentenentwurfs: 03.06.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

StoffBilV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Abwasserbeseitigung, Bodenschutz, Abfall, Hochwasservorsorge

10. Effektiver Klimaschutz und vorausschauende Klimawandel-Anpassung, Notwendige Strategien aus Sicht der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Beschreibung:

Es gilt, die politischen Ziele hin zur Klimaneutralität und Klimaresilienz zu erreichen. Dazu ist wichtig, dass Vorsorge- und Verursacherprinzip wirksam umzusetzen, beispielsweise durch effektive Steuerung im Rahmen der Stoffzulassung über REACH, durch Vermeidung von kritischen Stoffeinträgen an der Quelle und mit der erweiterten Herstellerverantwortung in der neuen Kommunalabwasserrichtlinie. Beim notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien werden zusätzliche Flächen benötigt. Die Abwasserentsorger treiben den erneuerbaren Energieeinsatz auf Betriebsflächen und zugehörigen Liegenschaften voran. Es ist notwendig, die steuerlichen Benachteiligungen im Stromsteuergesetz für eigengenutzte Energie zum Beispiel aus der Klärschlammfäulung sowie genehmigungsrechtliche Hemmnisse abzubauen.

Betroffenes geltendes Recht:

StromStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Abwasserbeseitigung, Bodenschutz, Abfall, Hochwasservorsorge

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (11):

1. **BMBF, Bundesministerium für Bildung und Forschung**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

BMBF AZUKIT gefördertes Projekt zur digitalen Ausbildung in der Abwassertechnik mit KI-Unterstützung

2. Land Sachsen-Anhalt

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Magdeburg

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Zuwendungen für Kurse des Betriebspersonals der Abwasserbeseitigung
Förderung der Kläranlagen/Kanal-Nachbarschaften

3. Zuwendungen der EU

Europäische Union
Rostock

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

eine Kostenerstattung für die Periode 3 und 4
InterReg-EMPEREST-Projekt

4. Land Niedersachsen

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Hannover

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

Förderung Nachbarschaften

5. Land Schleswig-Holstein

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Kiel

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Förderung Nachbarschaften

6. Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität des Landes Rheinland-Pfalz

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Mainz

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

öffentliche Zuwendung gemäß ANBest-P

7. Hessisches Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Wiesbaden

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Aus- und Fortbildung von Betriebspersonal auf Abwasseranlagen

8. Bayerisches Umweltministerium

Deutsche Öffentliche Hand – Land
München

Betrag: 140.001 bis 150.000 Euro

vergünstigter Zugang für Fortbildungsveranstaltungen für die Mitarbeiter der
Landeswasserverwaltung

9. **Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden Württemberg**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Stuttgart

Betrag: 420.001 bis 430.000 Euro

Projektfinanzierung, insbesondere:

Regenüberlaufbecken, Fortbildung Betriebspersonal (Nachbarschaften), Cluster Energie, P-Kongress, P-Sonderprojekt, Kompetenzzentrum Spurenstoffe,

10. **Bezirksregierung Düsseldorf Umweltministerium NRW**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Düsseldorf

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Projekt Digitale Kommunikationsplattform NRW Mangellagen Fällmittel

11. **Bundesministerium für Bildung und Forschung BMBF**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Projekt "T!Raum". Es ist eine Förderlinie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), die darauf abzielt, den Transfer von Wissen und Innovationen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Regionen zu stärken. Ziel ist es, durch die Entwicklung neuer Transferinstrumente einen positiven Strukturwandel zu fördern und Innovationen schneller in die Praxis zu bringen.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

3.420.001 bis 3.430.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[DWA_Erfolgs-und-Vermögensrechnung_2024.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

Compliance-Verhaltenskodex_Netz.pdf